

Harsche Kritik am U-Abo-Gegenvorschlag

Öffentlicher Verkehr Auch Basel-Stadt ist empört über die Baselbieter «Zwischenlösung»

VON BOJAN STULA

Dass die Baselbieter Regierung für ihren Gegenvorschlag zur rot-grünen Gesetzesinitiative «Ja zum U-Abo» keine Jubelstürme ernten würde, dürfte ihr von Anfang an klar gewesen sein. In die harschen Reaktionen aus dem Lager des Initiativkomitees mischt sich aber auch eine regierungsrätliche Schelte aus dem Partnerkanton Basel-Stadt: «Wir bedauern, dass wir aus den Medien vom Gegenvorschlag der Basellandschaftlichen Regierung erfahren haben. Weder der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt noch das Bau- und Verkehrsdepartement wurden vorinformiert», ärgert sich der Basler Verkehrsminister Hans-Peter Wessels über den Baselbieter Vorstoss.

Auch inhaltlich kritisiert der mitten im Wahlkampf steckende Basler SP-Regierungsrat den Gegenvorschlag: «Die Streichung der U-Abo-Subventionen für Erwachsene droht zu einem erheblichen Mehrverkehr auf den Strassen und einer massiven Verschärfung der Stausituation in der Region zu führen.» Dem hält die Baselbieter Regierung entgegen, dass bei einer Annahme der Initiative die durch die Aufhebung der U-Abo-Subvention vorgesehene Sparmassnahme von 15,4 Millionen Franken nicht umsetzbar wäre. Die «Subventionierung nach dem Giesskannensystem» beim U-Abo bliebe unangetastet, was letztlich bedeutete, dass finanzielle Einsparungen nur über eine «deutlich spürbare» Angebotsverschlechterung für alle öV-Kunden erzielt werden könnten.

Subventionierung funktioniert

Mit demselben Argument setzt sich die Baselbieter Regierung für die Umstellung auf Busbetrieb bei der S-Bahn-Linie des «Läufelfingerli» (S9) ein. In der Beantwortung einer Interpellation von Grünen-Präsidentin Florence Brenzikofer, die ebenfalls gestern publiziert wurde, betont die Regierung, dass die beschlossene Einsparung von mindestens 900 000 Franken jährlich beim kommenden 8. Generellen Leistungsauftrag (GLA) nur erreicht werden kann, wenn öV-Linien, die über das Grundangebot hinausgehen und keinen Kostendeckungsgrad von 25 bis 30 Prozent erreichen, nicht in den GLA 2018 bis 2021 aufgenommen werden. Dies würde auch das Läufelfingerli betreffen, bei dem die Regierung aber das angepeilte Sparvolumen über



Zweiklassengesellschaft: Ohne Kantonssubvention würde sich das Monatsabo für Erwachsene von heute 76 auf 101 Franken und für Senioren von 62 auf 87 Franken verteuern.

GRAFIK/MIA

AUF EINEN BLICK

Initiative und Gegenvorschlag

Die Volksinitiative «Ja zum U-Abo» will den Kanton per Gesetzesänderung dazu verpflichten, finanzielle Beträge an Tarifverbund-Abonnemente zu leisten. Bisher stand im **Gesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs bloss eine Kann-Formulierung**. Im jetzt vorgelegten Gegenvorschlag beantragt die Regierung dem Landrat, die U-Abo-Subventionen auf Junioren-Abonnemente zwingend festzuschreiben. Eine Rückkehr zum Giesskannensystem bliebe aber bei wieder besserer Finanzlage möglich.

die Umstellung auf Busbetrieb mit eher besseren Verbindungen erreichen will.

Die öV-Lobby betont indes den Nutzen der bisherigen Subventionsregelung: Laut Lukas Ott, Liestals grüner Stadtpräsident und Präsident des Initiativkomitees, stellen die Beiträge ans U-Abo nach wie vor «ein wichtiges Steuerungsinstrument des Kantons» beim Umstieg auf den öffentlichen Verkehr dar. «Ein Zurückfluten von öV-Benutzern auf die Strasse gilt es zu verhindern», fordert Ott und ergänzt: «Es bestehen nach wie vor keinerlei Hinweise, dass die bestehende Subventionierung des U-Abos ihre Lenkungswirkung verfehlen würde.» In der Vergangenheit hatte die Baselbieter Verkehrsdirektorin Sabine Pegoraro mehrmals argumentiert, dass das U-Abo den Umsteige-Effekt längst bewirkt habe und deshalb die Zeit gekommen sei, vom zu teuren Giesskannensystem wegzukommen. Mit der Beschränkung der Kantons-subsidierung auf Kinder und Jugendliche in

Ausbildung bis 25 Jahren könnte Baselland seinen Staatshaushalt mit immerhin 11,6 Millionen Franken entlasten.

Nutzer gegeneinander ausgespielt

Dass es je so weit kommt, erscheint allerdings ziemlich unwahrscheinlich. Für Lukas Ott ist der Gegenvorschlag des Regierungsrates «eine untaugliche Antwort und kommt einer Lösungsverweigerung gleich». Darum werde es «immer wahrscheinlicher, dass die Antwort der Bevölkerung auf die Abbau-Pläne an der Urne erfolgen muss». Auch SP-Präsident Adil Koller schäumt und prophezeit dem regierungsrätlichen Versuch, die verschiedenen Nutzergruppen gegeneinander auszuspielen, Schiffbruch: «Der Regierungsrat versucht, die Jugendlichen zu kaufen. Das wird nicht funktionieren, weil die tiefen und mittleren Einkommen sowie die Rentnerinnen und Rentner weiterhin stark von der Kürzung betroffen sind.»

Schänzlitunnel

Sanierung soll «nur» 3 statt 7 Jahre dauern

Im Hinblick auf die Sanierung des Schänzlitunnels auf der kantonalen Autobahn A18 in Baselbiet sollen die Linienführung geändert und eine Hilfsbrücke zur A2 erstellt werden. Ein entsprechendes Projekt des Bundes wird ab heute Donnerstag aufgelegt. Der Bypass soll gemäss dem Projekt des Bundesamts für Strassen (Astra) über die St. Jakobsstrasse führen, wie es in einer Mitteilung der Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektion heisst. Die Hilfsbrücke soll einen Ausgleich für die während der Sanierung um eine Spur reduzierte A18 durch den Schänzlitunnel schaffen.

Als weitere flankierende Massnahmen zu den Bauarbeiten sollen zudem etwa Anreize zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr getroffen werden, wie es weiter heisst. Diese sollen durch den Bund finanziert werden. Die Sanierung des Schänzlitunnels soll gemäss Mitteilung drei Jahre und drei Monate dauern. Der Kanton zeigt sich in der Mitteilung mit den Massnahmen zufrieden. Für die Zukunft brauche es indes nach wie vor eine Gesamtschau, damit der Verkehr am «Nadelöhr Hagmatt» bewältigt werden könne. Daher wolle sich die Baselbieter Regierung für eine Kapazitätserweiterung und den Bau redundanter Strecken einsetzen. (SDA)

Arbeitsmarktkontrolle wieder mit zwei Gewerkschaften im Vorstand

Streit beigelegt Nachdem die Unia die Syna aus der ZAK geschmissen hat, wollen die beiden Gewerkschaften wieder gemeinsam die Arbeitsmarktkontrolle umgestalten.

Der Krach zwischen den Gewerkschaften Syna und Unia war heftig. Die Erstgenannte warf der Zweitgenannten vor, sie im Vorstand der Zentralen Arbeitsmarktkontrolle (ZAK) rausbugsieren zu haben, mithilfe der ebenfalls im Vorstand vertretenen Baselbieter Wirtschaftskammer. Die ZAK führt im Auftrag des Kantons die Schwarzarbeitskontrolle durch.

Die Syna vermutete, die Unia führe gegen sie eine Vergeltungsaktion durch. Rund um die Ungereimtheiten bei Lohnabrechnungen habe die Unia eine «Schmutzkampagne» lanciert, die die Syna nicht mitgetragen habe, hiess es seitens der Syna nach dem Rauschmiss im Juni.

Die Unia hingegen meinte, die Statuten der ZAK sähen keinesfalls eine Vertretung aller Gewerkschaften vor - was wiederum die Syna für gesetzeswidrig hielt. Es fielen Vorwürfe in beide Rich-

tungen, doch inzwischen haben sich die Wogen wieder geglättet. In einer gemeinsamen Medienmitteilung erklärten gestern die beiden Gewerkschaften und die Wirtschaftskammer, sich «auf eine gemeinsame Weiterarbeit» geeinigt zu haben. Dazu beigetragen hätten neben Gesprächen auch der Baselbieter Volkswirtschaftsdirektor Thomas Weber (SVP). Alle betroffenen sozialpartnerschaftlichen Organisationen seien «wieder an Bord», heisst es weiter. Die ZAK und die (ihr untergeordnete) Zentrale Paritätische Kontrollstelle (ZPK) würden voll funktionsfähig bleiben.

Meinungsdifferenzen noch da

«Wir haben vorerst den Status quo wieder hergestellt», sagt Syna-Vizepräsident Mathias Regotz auf Nachfrage der bz. Dementsprechend sei die Syna wieder im Vorstand der ZAK vertreten, das sei Teil der gestern verkündeten Einigung. «Es bestehen weiterhin Meinungsdifferenzen zur Unia», betont er. Man sei sich aber einig, dass man die anstehenden Projekte gemeinsam angehen wolle.

Im Verlauf des Herbsts erarbeitet die ZAK eine neue Leistungsvereinbarung mit dem Kanton aus. «In diesem Rahmen werden wir der ZPK eine neue

Struktur geben.» Dabei werde es «zwangsläufig» eine Änderung der ZAK-Statuten geben. «Da ist noch vieles Verhandlungssache.» Derzeit gebe es aber noch keine konkrete Einigung, wer wo vertreten sein werde, sagt Regotz. Die Meinungsverschiedenheiten zur Unia will er im Verlauf des Umstrukturierungsprozesses angehen. Worüber genau man sich nicht einig war, darüber will er nicht in der Öffentlichkeit sprechen. «Wir haben beschlossen, das intern zu klären.»

Ob man alle Differenzen werde ausräumen können, werde sich noch zeigen. «Aber ich bin zuversichtlich. Wir wollen schauen, ob wir einen Kompromiss finden, der für alle gangbar ist.»

Die beiden versöhnten Gewerkschaften und die Wirtschaftskammer haben sich vorgenommen, die ZAK und die ZPK so neu aufzustellen, dass «Beanspruchungen, wie sie in den vergangenen Monaten verschiedentlich vorgebracht wurden, künftig nicht mehr möglich sein werden», heisst es in der Mitteilung. Ziel sei, dass das neue Konstrukt am 1. Januar 2017 operativ tätig sein könne. Die Neuaufstellung habe keinen Einfluss auf die noch laufende staatsanwaltschaftliche Untersuchung, wird zudem betont. (MEC)

Referendum

Sissacher stimmen Ende November über die «Kunsti» ab

Über die Sanierung der Kunsteisbahn Sissach entscheidet das Volk an der Urne. Das Referendum gegen den 8,7-Millionen-Franken-Kredit ist mit 643 gültigen Unterschriften zustande gekommen, wie die Gemeinde auf ihrer Website bekannt gibt. Der Gemeinderat hat den Abstimmungstermin auf den 27. November festgelegt. Für das Zustandekommen des Referendums waren 456 gültige Unterschriften nötig.

Die Gemeindeversammlung hatte im August der Aufstockung des Gemeindebeitrags für die Sanierung und den Ausbau der Kunsteisbahn um 1,9 Millionen auf 6,6 Millionen Franken zugestimmt. An der Urne wird indes über den Gesamtkredit von 8,7 Millionen Franken abgestimmt. Die Gemeindeversammlung hatte einen entsprechenden Antrag angenommen.

Neues Projekt gefordert

Dem Referendumskomitee ist das Vorhaben, das einen Ausbau der überdeckten Eisbahn zu einer geschlossenen Eishalle vorsieht, zu teuer. Es verlangt nicht den gänzlichen Verzicht, sondern ein sorgfältig geplantes neues Projekt. Entscheidungsgrundlage für das 8,7-Millionen-Vorhaben bilde lediglich eine Studie. Die Kunsteisbahn Sissach verfügt bisher nur über eine überdeckte Eisbahn. Mit dem Ausbau zu einer geschlossenen Eishalle sollen die bauphysikalischen Probleme der bisherigen Konstruktion behoben werden. Dabei geht es namentlich um Tauwasser, das Bauteile beschädigt. Ersetzt werden soll auch die Kälteanlage. (SDA)

NACHRICHTEN

PRATTELN Säure in Chemiefirma ausgetreten

In einem Produktionsgebäude einer Chemiefirma im Gebiet Schweizerhalle in Pratteln ist gestern Mittwochmorgen Chlorsulfonsäure ausgetreten. Verletzt wurde niemand. Die Havarie ereignete sich kurz nach 9 Uhr beim Abfüllen, wie die Baselbieter Polizei mitteilte. Der Austritt der Chlorschwefelsäure habe umgehend gestoppt, und die Dämpfe hätten niedergeschlagen werden können. Die Ursache für das Austreten der unbekannt Menge der Flüssigkeit war zunächst unklar. Das Ereignis habe sich weitgehend auf das Innere des Gebäudes an der Düngrstrasse beschränkt. Vor Ort durchgeführte Messungen haben gemäss Mitteilung ergeben, dass für Mensch und Umwelt keine Gefährdung bestand.

POSTEN-SCHLISSUNG Auch Arlesheims Gemeinderat wehrt sich

Aus Spargründen will der Kanton sieben Posten der Baselbieter Polizei aufheben - darunter auch jenen in Arlesheim. Der Arlesheimer Gemeinderat bringt nun in einem Schreiben an die Regierung seine Bedenken zum Ausdruck. Er bezweifelt, dass die angestrebte erhöhte Präsenz durch fahrende Polizeipatrouillen tatsächlich zur Sicherheit beiträgt. Im Weiteren findet die Arlesheimer Exekutive, dass vor allem im Zusammenhang mit dem Gefängnis der Polizeiposten erhalten bleiben sollte. Das Gebäude sei aufgrund der Architektur kaum anderweitig vermietbar und zudem sei man dem Kanton entgegengekommen, als es darum ging, das Gefängnis bis 2018 betreiben zu können. Der Gemeinderat fordert deshalb eine Lösung, mit welcher der Posten mindestens bis 2018 weitergeführt werden kann. Das Thema Posten-Schliessungen bewegt im Baselbiet derzeit die Gemüter: In scharfen Worten hat sich etwa in der bz von gestern Mittwoch die Gemeinde Aesch gegen den Wegzug der Polizei gewehrt. (BZ)